

# **Bürgerbegehren und Volksbegehren zu umweltfreundlicher Verkehrspolitik**

05.03.2018

Frank Rehmet  
[frank.rehmet@mehr-demokratie.de](mailto:frank.rehmet@mehr-demokratie.de)

## Einleitung

Dieses Papier listet Bürger- und Volksbegehren zu umweltfreundlicher Verkehrspolitik auf. Dabei wird Deutschland (Kommunal- und Landesebene) und die Schweiz (Bundesebene) betrachtet. Vorab eine Bemerkung: Der Bereich Verkehrspolitik ist für direktdemokratische Verfahren aus folgenden Gründen besonders geeignet:

- Sehr viele Menschen sind – zum Teil stark – betroffen: Direkt als Verkehrsteilnehmer/in, als Anwohner/in oder indirekt durch Lärm, Abgase und Feinstaubbelastungen.
- Das Thema wird oft kontrovers diskutiert, unterschiedliche Vorstellungen und Bedürfnisse prallen aufeinander, es kann eine hohe Konfliktintensität geben.
- Zudem sind Verkehrsprojekte oft mit hohen Kosten verbunden (Lärmschutz, Tunnel, Umgehungsstraße).

## 1. Deutschland

### a) Landesebene

Insgesamt gab es auf der Länderebene wenige Volksbegehren zu Verkehrspolitik. Diese betrafen überwiegend Verkehrsinfrastrukturprojekte (Flughafeninfrastruktur, Autobahnausbau, Transrapid).<sup>1</sup> Wenige Fälle gab es zu umweltfreundlicher Mobilität (Radverkehr, ÖPNV) – die sechs Fälle seit dem Jahr 2000 listet die folgende Tabelle auf.

**Tabelle 1: Volksbegehren zu umweltfreundlicher Verkehrspolitik**

Nr.	Bundesland	Jahr der Einleitung	Thema	Ergebnis
1	Mecklenburg-Vorpommern	2000	„Zukunft der Bahn in Mecklenburg-Vorpommern“ (Für Förderung des Bahn- und Fahrradverkehrs)	Antrag auf Volksbegehren erreichte zu wenig Unterschriften. Somit gescheitert.
2	Hamburg	2010	Gegen den Bau einer Stadtbahn	Erfolgreich (durch neuen Parlamentsbeschluss)
3	Hamburg	2010	Für den Bau einer Stadtbahn	Gescheitert (zu wenig Unterschriften in 1. Stufe Volksinitiative)
4	Berlin	2011	Rettet die S-Bahn Berlin (für Verbesserungen)	Gescheitert (unzulässig)
5	Hamburg	2014	Stopp des Busbeschleunigungsprogramms / für günstigere Alternativen	Teilerfolg/Kompromiss
6	Berlin	2017	„Volksentscheid	Antrag wurde für unzulässig

<sup>1</sup>Vgl. [https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Themen15\\_Verkehrspolitik.pdf](https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/Themen15_Verkehrspolitik.pdf) für Fälle vor 2000.

<i>Nr.</i>	<i>Bundesland</i>	<i>Jahr der Einleitung</i>	<i>Thema</i>	<i>Ergebnis</i>
			Fahrrad“: Für Ausbau Radverkehr und Investitionen <a href="http://www.volksentscheid-fahrrad.de">www.volksentscheid-fahrrad.de</a>	erklärt, zudem kam es zu Verhandlungen. Im Februar 2018 brachte die Stadt ein Mobilitätsgesetz ein und stellte deutlich mehr Mittel für den Ausbau des Radverkehrs in den Haushalt ein. Somit insgesamt: Teilerfolg.

Quelle: Datenbank Volksbegehren von Mehr Demokratie

Sehr interessant ist folgende Entwicklung: Aus dem Netzwerk „Lebenswerte Stadt“ e.V., das den Volksentscheid Fahrrad in Berlin im Jahr 2017 initiiert hat, ist das Netzwerk „Changing Cities“ hervorgegangen (<https://changing-cities.org/überuns.html>). Dieses treibt nach eigenen Angaben die Verkehrswende „von unten“ voran und vernetzt viele Aktive und Interessierte, die unter anderem Bürgerbegehren (zum Beispiel in Bamberg: „Radentscheid Bamberg“ -> siehe unten) initiiert haben. So hat sich auch in Hamburg eine Gruppe gegründet, die jedoch bislang noch kein direktdemokratisches Verfahren angekündigt haben.

#### **b) Kommunalebene**

Etwa 10 Prozent aller Bürgerbegehren in Deutschland fanden zum Thema Verkehrspolitik statt (vgl. Bürgerbegehrensbericht von Mehr Demokratie 2016). Damit ist es nicht der häufigste Themenbereich, was auch daran liegt, dass nicht alle Bundesländer Bauleitplanung und Flächennutzungspläne als Thema zulassen und somit viele Verkehrsthemen gar nicht Gegenstand eines Bürgerbegehrens sein können.

Kommunale Bürgerbegehren umfassen eine große Bandbreite innerhalb der Verkehrspolitik: Umgehungsstraßen, Brückenbauten, Tunnel, Verkehrsberuhigung von Innenstädten oder auch nur die Gestaltung eines einzelnen Platzes oder einer Straße. In jüngerer Zeit kam es verstärkt zu Initiativen, die einen Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur oder Verbesserungen des ÖPNVs fordern – mit hoher Wahrscheinlichkeit beflügelt durch den Erfolg des Berliner Radentscheids (siehe oben) und durch die Diskussionen um die Diesel-/Feinstaubbelastung in Innenstädten.

Die folgende Tabelle listet einige diesbezügliche Bürgerbegehren auf, ohne jedoch Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

**Tabelle 2: Bürgerbegehren zu umweltfreundlicher Verkehrspolitik**

<i>Nr.</i>	<i>Ort (Bundesland)</i>	<i>Jahr der Einleitung</i>	<i>Thema und Link</i>	<i>Ergebnis</i>
1	Recklinghausen (NRW)	2000	Fahrradfreundliches Recklinghausen	Stadt übernahm das Begehren. Somit Erfolg der Initiative.
2	Bielefeld	2005	Für mehr und breite	Begehren wurde wegen

<i>Nr.</i>	<i>Ort (Bundesland)</i>	<i>Jahr der Einleitung</i>	<i>Thema und Link</i>	<i>Ergebnis</i>
	(NRW)		Radwege	zu geringer Resonanz nicht eingereicht.
3	Peiting (Bayern)	2013	Für Verkehrsberuhigung in der Ortsmitte	Im Bürgerentscheid gescheitert.
4	Ansbach (Bayern)	2015	Gegen Kürzungen beim ÖPNV	Im Bürgerentscheid unecht (am Zustimmungsquorum) gescheitert.
5	München (Bayern)	2016	„Sauba sog i“: Für Verkehrswende / Ausbau umweltfreundlicher Verkehrsmittel <a href="http://www.luftreinheitsgebot.de">www.luftreinheitsgebot.de</a>	Stadt übernahm 2017 das Begehren. Somit Erfolg der Initiative.
6	Bamberg (Bayern)	2017	Radentscheid Bamberg: Für Verbesserung des Radverkehrs <a href="http://www.radentscheid-bamberg.de">www.radentscheid-bamberg.de</a>	Stadt übernahm 2017 das Begehren. Somit Erfolg der Initiative.
7	München (Bayern)	2017	Für verstärkten Ausbau des Radverkehrs	Begehren wurde nur angekündigt/öffentlich diskutiert.
8	Stuttgart (Baden-Württ.)	2017	„Stuttgart laud nai“ (schwer zu übersetzen, d. Verf.) Für eine größere autofreie Zone in der Innenstadt <a href="https://www.stuttgart-laud-nai.de/">https://www.stuttgart-laud-nai.de/</a>	Stadt übernahm 2017 das Begehren. Somit Erfolg der Initiative.
9	Landshut	2017	„Mehr ÖPNV – gut gegen Stau (Busse, Baby!)“: Für besseres Busnetz / den Ausbau des ÖPNV in Landshut <a href="http://www.bussebaby.de">www.bussebaby.de</a>	Im Bürgerentscheid erfolgreich.
10	Stuttgart (Baden-Württ.)	2017	„Radentscheid Stuttgart“: Für den	Start: Ende 2017. Derzeit offen.

<i>Nr.</i>	<i>Ort (Bundesland)</i>	<i>Jahr der Einleitung</i>	<i>Thema und Link</i>	<i>Ergebnis</i>
			besseren Ausbau der Radinfrastruktur <a href="http://www.radentscheid-stuttgart.de/">www.radentscheid-stuttgart.de/</a>	
11	Pähl (Bayern)	2017	Für Radweg entlang einer Staatsstraße	Unzulässig, da keine Kompetenz der Gemeinde.
12	Darmstadt (Hessen)	2017	„Radentscheid Darmstadt“: Für mehr Sicherheit im Fuß- und Radverkehr <a href="https://radentscheid-darmstadt.de/">https://radentscheid-darmstadt.de/</a>	Start: 2017. Ein Bürgerentscheid wird zugleich mit hessischer Landtagswahl im Herbst 2018 angestrebt.

Quelle: Datenbank Bürgerbegehren, <https://www.mehr-demokratie.de/themen/buergerbegehren-in-den-kommunen/datenbank-buergerbegehren/>

Die ZEIT hat am 4. März 2018 das Thema Radverkehr journalistisch aufgegriffen:

<http://www.zeit.de/mobilitaet/2018-03/radwege-volksentscheid-darmstadt-radfahrer-buergerbegehren> (Zugriff am 5.03.2018).

## 2. Schweiz (Bundesebene)

In der Schweiz finden regelmäßig Volksabstimmungen über verkehrspolitische Projekte statt. Im Folgenden soll nur die Bundesebene/eidgenössische Ebene betrachtet werden.

Dort gibt es drei direktdemokratische Verfahren: Die Volksinitiative (Unterschriftensammlung, entspricht in Deutschland dem Volksbegehren), das fakultative Referendum, das sich gegen einen bereits getroffenen Beschluss des Parlaments richtet, und das obligatorische Referendum, das zwingend (z.B. bei Verfassungsänderungen) stattfinden muss.

Eine generelle Übersicht über die Verfahren und Volksabstimmungen findet man auch bei der Bundeskanzlei (<https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/politische-rechte.html>), eine interessante Übersicht über alle Volksabstimmungen in der Schweiz auf Bundesebene seit 1848 bietet: <https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/politische-rechte/volksabstimmungen.html>.

Im Folgenden werden einige Volksabstimmungen zu umweltfreundlichen verkehrspolitischen Maßnahmen der letzten Jahre aufgelistet.

**Tabelle 3: Volksabstimmungen in der Schweiz auf Bundesebene zu umweltfreundlicher Verkehrspolitik**

<i>Nr.</i>	<i>Jahr der Abstimmung</i>	<i>Thema und Link</i>	<i>Ergebnis</i>
1	1987	Referendum über den Bundesbeschluss betreffend des Konzeptes BAHN 2000 (Förderung des Bahnverkehrs) <a href="http://www.admin.ch/ch/d/sr/7/742.100.de.pdf">www.admin.ch/ch/d/sr/7/742.100.de.pdf</a>	Bundesbeschluss im Volksentscheid mit 57 % angenommen, Beteiligung: 48 %
2	1992	Referendum über den Bundesbeschluss über den Bau der schweizerischen Eisenbahn-Alpentransversale (Alpentransit-Beschluss), für den Bau neuer Basistunnel am Lötschberg und am Gotthard. <a href="http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/19920927/explic/d-pp0180.pdf">www.admin.ch/ch/d/pore/va/19920927/explic/d-pp0180.pdf</a>	Bundesbeschluss im Volksentscheid mit 63,6 % angenommen Stimmbeteiligung: 46 %
3	1994	Volksinitiative „zum Schutze des Alpengebietes vor dem Transitverkehr“. Diese national und international aufsehenerregende Volksinitiative bewirkte, dass der „alpenquerende Gütertransitverkehr	Volksinitiative wurde angenommen (51,9 % Zustimmung) Stimmbeteiligung: 41 %

<i>Nr.</i>	<i>Jahr der Abstimmung</i>	<i>Thema und Link</i>	<i>Ergebnis</i>
		von Grenze zu Grenze“ innerhalb von zehn Jahren auf die Schiene verlagert wird. <a href="http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vi204t.html">www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vi204t.html</a> <a href="http://www.alpeninitiative.ch">www.alpeninitiative.ch</a>	
4	2000	Volksinitiative „für die Halbierung des motorisierten Strassenverkehrs zur Erhaltung und Verbesserung von Lebensräumen („Verkehrshalberungs-Initiative)“ <a href="http://www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vi247t.html">www.admin.ch/ch/d/pore/vi/vi247t.html</a>	Volksinitiative wurde abgelehnt (21,3 % Zustimmung) Stimmbeteiligung: 42 %
5	2003	Volksinitiative „für einen autofreien Sonntag pro Jahreszeit - ein Versuch für vier Jahre (Sonntags-Initiative)“	Volksinitiative wurde abgelehnt (37,6 % Zustimmung) Stimmbeteiligung: 50 %
6	2014	Bundesbeschluss vom 20.06.2013 über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (direkter Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative „Für den öffentlichen Verkehr“) <a href="https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/volksabstimmungen/volksabstimmung-20140209.html">https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/volksabstimmungen/volksabstimmung-20140209.html</a>	Bundesbeschluss im Volksentscheid mit 62,0 % angenommen Stimmbeteiligung: 56,2 %

Auf der Ebene der Gemeinden sowie der Kantone fanden außerdem zahlreiche Volksabstimmungen zu umweltfreundlicher Verkehrspolitik statt.

Ein Beispiel soll hier exemplarisch genannt werden.

- Stadt St. Gallen, Reglement für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung, 2000:  
[https://www.stadt.sg.ch/news/2/2010/01/abstimmung\\_vom\\_7\\_.Par.0001.DownloadListPar.0001.File.tmp/092653\\_Stadt\\_Abst\\_Br.pdf](https://www.stadt.sg.ch/news/2/2010/01/abstimmung_vom_7_.Par.0001.DownloadListPar.0001.File.tmp/092653_Stadt_Abst_Br.pdf)